



Niederschrift der 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus

Ort, Raum: Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526
Sangerhausen

Datum: 21.10.2021

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:28 Uhr

Anwesenheit:

Ausschussmitglied

Herr Holger Hüttel

Herr Karsten Pille

Frau Kati Völkel

Herr Frank Wedekind

sachkundige Einwohner/-innen

Frau Iris Reiche

Ortschaftsratsmitglied

Herr Helmut Hahnas

Herr Reinhard Kupsch

Fachbereichsleiter

Herr Jens Schuster

Referentin

Frau Kathrin Wagner

Protokollführer/-in

Frau Birgit Strauch

Gäste

Herr Klaus Kotzur

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Helmut Schmidt

entschuldigt

1. Vertreter des Vorsitzenden

Frau Regina Stahlhacke entschuldigt

Ausschussmitglied

Frau Monika Rauhut entschuldigt

Herr André Reick entschuldigt

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 03.06.2021
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 01.07.2021
 - 3.3. Genehmigung der Niederschrift vom 09.09.2021
4. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
 - 4.1. Beratung von Beschlussvorlagen zur 21. Ratssitzung am 11.11.2021 gem. Verweisung des Hauptausschusses
 - 4.1.1. 2. Lesung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2022
 - 4.1.2. 2. Lesung und Beschlussfassung der 15. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025
 - 4.2. Information der Verwaltung und Anfragen der Stadträte
5. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung
 - 5.1. Beratung von Beschlussvorlagen zur 21. Ratssitzung am 11.11.2021 gem. Verweisung des Hauptausschusses
 - 5.2. Information der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Protokolltext:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Schuster

sagt, dass sich der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Schmidt und auch seine gewählte Stellvertreterin, Frau Stahlhacke für den heutigen Ausschuss entschuldigt haben. Insofern haben wir heute die Besonderheit nach der Geschäftsordnung § 9 Absatz 1, dass das Gremium unter Vorsitz des an Jahren ältesten anwesenden Mitglieds für die Dauer der Verhinderung, längsten für die Dauer der Sitzung, einen Vorsitzenden aus seiner Mitte wählt. Es waren alle damit einverstanden, dass das an Jahren älteste Mitglied heute auch den Ausschuss leitet und insofern gebe ich das Wort jetzt an Herrn Kotzur.

Herr Kotzur

eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung wurde form- und fristgerecht an alle Ausschussmitglieder versandt. Es waren von 9 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 5 Stadträte anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung seitens der Stadträte.

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	5 (-1) Herr Kotzur war nicht abstimmungsberechtigt.
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

TOP 3 Genehmigung der Niederschriften

TOP 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 03.06.2021

Ja-Stimmen	=	4
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	1 (-1) Herr Kotzur war nicht abstimmungsberechtigt.

TOP 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 01.07.2021

Ja-Stimmen	=	3
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	2 (-1) Herr Kotzur war nicht abstimmungsberechtigt.

TOP 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 09.09.2021

Ja-Stimmen	=	3
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	2 (-1) Herr Kotzur war nicht abstimmungsberechtigt.

- TOP 4 Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
TOP 4.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 21. Ratssitzung am 11.11.2021 gem. Verweisung des Hauptausschusses
TOP 4.1.1 2. Lesung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: BV/259/2021

Herr Schuster

sagt, dass die Verwaltung speziell für alle Fachausschüsse die Inhalte der Präsentation so aufgearbeitet hat, dass sich die Ausschüsse mit ihren Themen hier auch wieder finden. Sonst haben wir immer ganz allgemein angefangen, das haben wir diesmal in einer etwas anderen Form gemacht. Den Stadträten ist bekannt, dass wir nach § 100 KVG in der Pflicht sind, jedes Jahr einen Haushalt aufzustellen und zwar so rechtzeitig, dass man zu Beginn des Haushaltsjahres handlungsfähig ist. Die Darstellung des Haushaltes beschreibt die wichtigsten Einnahmequellen einer Kommune, beschreibt, was für Steuern erhoben werden, die vom Bürger zu zahlen sind, wir stellen unsere Ersparnisse oder Schulden dar und der Bürger kann daraus ablesen, für was wir Geld ausgeben, z. B. für Aufgaben in der Kinderbetreuung, für kulturelle Angebote, für das Vorhalten sozialer Einrichtungen, Straßenunterhaltungsarbeiten, Anschaffungen verschiedenster Art, ob für Bauhof, für die Verwaltung selbst und beschreibt die Baumaßnahmen, die im kommenden Jahr anstehen oder wie die Verwaltung gedenkt, diese zu finanzieren. Wichtig ist aber auch, dass der vom Stadtrat rechtzeitig beschlossene Haushalt durch den Landkreis Genehmigung erfährt. Daher haben wir auch immer über die Jahre hinweg eine Taktung vorgenommen, dass wir im November in die 2. Lesung gehen, in der Hoffnung, dass eine Beschlussfassung erfolgt und der Landkreis mit den Fristen, die ihm zur Verfügung stehen, also innerhalb von einem Monat, den Haushalt genehmigen kann und wir dann handlungsfähig sind und eben nicht das Jahr in der vorläufigen Haushaltsführung beginnen müssen.

Es gab schon immer die Diskussion, ob die Verwaltung nicht zu früh mit der Planung des neuen Haushaltes anfängt, da einige Positionen, gerade was bestimmte Einzahlungen und Auszahlungen betrifft, noch Orientierungszahlen sind. Wir müssen also immer vorsichtig schätzen, das ist aber kein Problem und vom Gesetzgeber auch ausdrücklich so gewollt. Wenn man mal in die Kommentierung zu den haushaltsrechtlichen Vorschriften schaut, lebt man mit Abwägungspositionen. Dafür hat der Gesetzgeber mit Blick auf § 105 KVG die Möglichkeit geschaffen, über- und außerplanmäßige Auszahlungen und Aufwendungen zu bedienen, wenn es eben Veränderungen in der tatsächlichen Haushaltsdurchführung gibt, bis hin zur Möglichkeit dann einen Nachtragshaushalt abzuschließen, wenn die formalen Voraussetzungen erfüllt sind.

Wir haben auf der nächsten Seite nochmal einen Rückblick auf die 1. Lesung vorgenommen. Wir hatten von vornherein immer wieder mit Blick auf die Höhe unseres Liquiditätskredites, welcher eben weit oberhalb der Genehmigungsfreigrenze liegt, immer darauf hingewiesen, dass wir eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung bevorzugen. Das muss unser Maßstab sein. Wir haben mit diesem Haushalt im Ergebnisplan einen Überschuss von 7.100 € und im Finanzplan ein Defizit von 851.700 €. Das sind gewissermaßen die momentanen Tilgungsleistungen, die wir nicht in der Lage sind, auf den Ergebnis-Haushalt einzuspielen. Wir haben nicht vor den Liquiditätskredit zu erhöhen, wir versuchen ihn bei 19.5 Mill € zu halten. Außerdem haben wir auch keine Steuererhöhung vor. Mit Blick auf den Vergleich zum letzten Jahr werden wir die Kreditbelastung durch die 3 STARK II-Kredite nicht mehr haben, da sie zum Ende des Jahres auslaufen. Dafür wollen wir im nächsten Jahr eine Darlehnsaufnahme tätigen, um notwendige Investitionen und unseren Investitionsstau, den wir vor uns herschieben, ein wenig gegen zu steuern.

Wir hatten in der 1. Lesung freiwillige Aufgaben von 6,28 %, ohne Rosarium, dargestellt und eine ausgewiesene Stellenmehrung von 9,275. Wenn wir gleich damals schon darauf hingewiesen haben, dass in diesen Stellen natürlich Wiederbesetzer sind oder zeitlich befristete, um letztendlich dort den Stellenplan auch entsprechend auszugleichen. Wir haben die Klau-

surberatung benutzt um die Systematik zum Stellenplan nochmal intensiver und ausführlicher zu erläutern und insofern können diejenigen, die bei der Klausur anwesend sind, auch die Veränderungen nachvollziehen.

Der Ergebnisplan weist derzeit einen Überschuss von 1.700 € aus, das Defizit im Finanzplan, welches bereits benannt war, ist mit 851.700 € gleich geblieben. Die freiwilligen Aufgaben liegen nunmehr bei 4,9998934 %. Wir haben, und das waren die Diskussionen der 1. Lesung, jetzt wieder eine Gewinnentnahme der KBS aufgeführt i.H. v. 250 T€ und die Einzahlungen aus einem Rechtsstreit in der Wirtschaftsförderung dargestellt, hierbei geht es um Rückforderungen von NBG. Die Stellenmehrung liegt nun tatsächlich bei 0,525 %. Auch darüber hatten wir in der Klausurberatung ausführlich berichtet, um letztendlich durch Springer der Reinigung, die wir nun selber übernehmen, auch in der Pandemiesituation die Einhaltung der Hygienestandards in den Kinderbetreuungseinrichtungen und in den Schulen absichern zu können. Ohne Springer können wir auf Grund vielfältiger krankheitsbedingter Ausfälle die Standards nicht einhalten.

Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf rund 14,714 Mill €. Das System ist im § 107 KVG beschrieben. Im Finanzplan der Jahre 2023 bis 2025 sind Investitionen in einem großen Umfang dargestellt, die sich hier in den Verpflichtungsermächtigungen wiederfinden. Die Darlehnsaufnahme liegt nunmehr bei 4.971.500 €, der Liquiditätskredit bei 19,5 Mill € und die Hebesätze bleiben unverändert.

Nun zu den Änderungen gegenüber der 1. Lesung, die diesen Ausschuss betreffen. Wir haben den Zuschuss Rosarium nun um 250 T€ reduziert. In der 1. Lesung hatten wir noch, wie in den vergangenen Jahren, 500 T€ ausgewiesen. Nun reduzieren wir um 250 T€. Der Landrat hat während der Klausur zugesichert, dass er diese Position wieder in seinem HH aufnehmen wird. Dies allerdings nicht in der Höhe, wie wir das in vergangenen Jahren erleben durften. Hier konzentriert man sich auf diese 250 T€. Dafür wird er sich ausdrücklich einsetzen. Das Ergebnis haben wir noch nicht und es bleibt abzuwarten, wie der Kreistag tatsächlich entscheiden wird, aber wir haben hier auf 250 T€ reduziert.

Neu aufgenommen haben wir die Gewinnentnahme der KBS i.H. v. 250 T€. Das war auch Ergebnis der Diskussion der 1. Lesung. Neu bzw. erneut aufgenommen wurde die Erstattung der Auszahlungen für die „Revitalisierung Industriebrache – Mafa Gelände“. Lt. Stadtratsbeschluss vom Dezember 2019 haben diejenigen Fördermittel zurückzuzahlen, die das zu vertreten haben. Nach den gesetzlichen Vorgaben war das damals die NBG. Die haben uns zugesichert, die Flächen im Sinne der Förderfähigkeit des 32. Rahmenplanes zu vermarkten. Hier ist eine gerichtliche Auseinandersetzung vom Landgericht Halle anhängig, welche aber noch nicht entschieden ist. Wir hatten die Einnahme in diesen Haushalt für 2021 geplant. Es ist aber nicht zu erwarten, dass in diesem Jahr die Sache zu Ende geführt wird. Deswegen haben wir es für das kommende HH-Jahr wieder aufgenommen.

Wir haben eine Erhöhung im Zuschuss Rosenstadt GmbH um 165 T€ auf 365 T€, auch dies geschieht auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses hier im Hause. Es ist also ein neuer Vertrag mit der Rosenstadt Sangerhausen GmbH geschlossen worden, bei dem bezüglich der Betätigungsfelder der Aufwand genau beschrieben wurde. Wir werden also im nächsten oder im übernächsten Jahr im darauffolgenden HH-Jahr eine Reduzierung des Zuschusses erleben, da die Gewinne, die dort vereinnahmt werden, gegen gerechnet werden. Momentan ist das Defizit genauer beschrieben, was nicht nur der touristische Betrieb Rosarium betrifft, sondern auch das Bergwerk-Museum und unsere Tourismus-Info. Hier sind die Defizite genau aufgezeigt. Aus diesem Grund gibt es die Erhöhung mit einen gesonderten Ratsbeschluss.

Neu aufgenommen haben wir nach einer erfreulichen Diskussion 500 € für die Mitgliedschaft in der AG „Fahrradfreundliche Kommune“. Dies hat mit Blick auf die Tourismusförderung in der Klausurberatung einen größeren Rahmen eingenommen und es wurde von den Ratsmitgliedern ausdrücklich begrüßt, dass wir uns in diesem Segment intensiver betätigen.

Wir haben uns, auch dazu hat sich der Rat bekannt, bezüglich des Zuschusses der Verbraucherzentrale i.H. v. 7.400 €, wie in den Jahren zuvor, angepasst. Außerdem haben wir die Überarbeitung der Ansätze für das Projekt „City-Manager“ übernommen. Die Gesamtkosten betragen 525,7 T€, davon entfallen auf 2022 in Summe 52,2 T€, welche mit 51,4 T€ gefördert werden. Weiterhin haben wir die Aufnahme für 2.000 € für Radweg-Beschilderung im Produkt Gemeindestraßen ausgewiesen. Auch das war ein ausdrücklicher Wunsch der Akteure, gerade mit Blick auf ein endliches Vorwärtkommen als fahrradfreundliche Stadt. Wer in der Klausurberatung zugehört hat, weiß, dass wir in den Folgejahren die entsprechenden Arbeitsgremien haben. Wir haben dort das Förderszenario beschrieben und wir werden, beginnend ab 2023 intensiv im Haushalt noch Positionen darstellen müssen, weil wir uns an diversen Förderprogrammen beteiligen werden.

Er kommt nun zum Investitions-Haushalt. Wir haben für Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit mit 15,2941 Mill € ausgewiesen. Allein für Baumaßnahmen 13,5 Mill €. Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit können wir in Höhe von 10.283.400 € darstellen. Hier handelt es sich im großen Umfang um Fördermittel, die wir akquirieren, und natürlich auch um Spenden, um Einnahmen aus Grundstücksverkäufen sowie aus der Investitionspauschale. Daraus ergibt sich das Defizit um diese Investitionen abzusichern. Gemeint ist damit eine Kreditaufnahme, die in Höhe von 4.971.500 € geplant ist. Unter der Voraussetzung, dass der Haushalt beschlossen und genehmigt wird, erfolgt vor der Kreditaufnahme ein separater Stadtratsbeschluss, in welchem die Spielregeln sowie auch die Zinsbedingungen für die Darlehensaufnahme festgesetzt werden. Dies kennen sie bereits aus der Vergangenheit, da hatten wir uns im Vorfeld des Finanzausschuss intensiver damit beschäftigt. Hier haben wir aufgezeigt, dass wir den Kredit in 2 Marschen aufnehmen werden, weil wir nicht nur den Erwerb von Fahrzeugen z. B. für die Feuerwehr mit zu beachtenden Abschreibungszeiten mitfinanzieren, sondern auch Baumaßnahmen mit längeren Abschreibungszeiten. Das erfolgt aber immer unter gesonderten Ratsbeschlüssen. Die bisher erbrachten Kreditbelastungen des letzten Jahres mit den STARK II- Programmen, die Zins- und Tilgungsaufwendungen der Vergangenheit, werden in Summe auch durch die neue Kreditaufnahme definitiv nicht überschritten. Dies zeigen die Szenarien der Berechnungen, die wir bereits im Finanzausschuss vorgestellt haben.

Unser gemeinsames Ziel von Stadtrat und Verwaltung sollte daher sein, am 11.11.2021 den Haushalt für das Haushaltsjahr 2022 zu beschließen. Dazu gehört natürlich auch die 15. Fortschreibung des Haushalt-Konsolidierungskonzeptes, um letztendlich zeitnah die Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht einzuwerben und zum 01.01.2022 handlungsfähig zu sein.

Nun noch einige Erläuterungen zum Konsolidierungskonzept. Er sagt, wenn wir einen Liquiditätskredit in Anspruch genommen haben, welcher oberhalb der Genehmigungsfreigrenze gelegen hat, haben wir auch immer die finanzielle Entwicklung der Stadt aufgezeigt. Wir haben eine Strategie, welche sich in den letzten Jahren gut bewährt hat. Mit dem am 11.11.2021 auf der Tagesordnung stehenden Jahresabschluss 2015, haben wir auch im kommenden Jahr die Möglichkeit, Bedarfszuweisung zu beantragen, um auch hier von dem Liquiditätskredit wieder weiter runterzukommen. Wir haben im Konzept selbst, das war ein Wunsch aus der 1. Lesung, auch etwas zu dem Projektauftrag „LED-Beleuchtung“ geschrieben, welcher sich letztendlich kostenmindernd in den Bewirtschaftungskosten auswirken müsste. Auch dies ist im Konzept beschrieben, ohne dass wir jetzt schon mit einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung genaue Zahlen ausweisen können. Aber sie kennen das aus der Vergangenheit, ein Konsolidierungskonzept lebt auch von Projektaufträgen und Arbeitsaufträgen. Wir müssen sie dort entsprechend darstellen und formulieren, was auf Grund ihres Hinweises auch erfolgt ist. Vor diesem Hintergrund möchte ich mich bedanken, für die bisherige konstruktive Diskussion, auch in der Klausurberatung, und es wäre natürlich schön, wenn man ein ähnliches Ergebnis wie gestern im Sanierungsausschuss, bei dem mehrheitlich beide Vorlagen Zustimmung fanden, erzielen.

Herr Hüttel

sagt, dass er die Vorlage zum Zuschuss Rosenstadt GmbH nicht gefunden hat, obwohl er dies im Vorbericht gelesen hat. Er fragt dahingehend, wann dies vom Rat beschlossen wurde? Er hat auch im Ratsinformationssystem gesucht, hat aber nichts dazu gefunden, das der Rat dazu schon was beschlossen hat.

Herr Schuster

Das ist mit dem neuen Vertrag beschlossen wurden. Wann das genau war, da müsste ich selber erstmal nachschauen. Das liefern wir nach.

Herr Hüttel

erwidert, dass auf der einen Seite gesagt wird, dass man mit dem Zuschuss für das Rosarium um 250 T€ runtergeht, weil es der Landrat so versprochen hat. Auf der anderen Seite wurde auf der Klausurtagung auch über die Kreisumlage gesprochen. Der habt ihr als Verwaltung aber nicht entsprochen, d. h., die Verwaltung sucht sich aus, was für sie das Beste ist. Das eine nimmt sie rein in den Haushalt, was der Landrat versprochen hat, das andere nimmt sie nicht raus. Nicht dass es jetzt falsch verstanden wird, wir haben so den ausgeglichenen Haushalt, aber dieser ist in seinen Augen unehrlich.

Herr Schuster

sagt, dass sich der Landrat zu den 250 T€ ausdrücklich bekannt hat. Zu dem anderen hat er aber auch gesagt, dass er den Hebesatz nicht erhöhen wird. Dies war sein Angebot, um mit Blick auf die Rechtsprechung dafür zu werben, nicht weiter zu klagen. Noch offen ist unsere Stellungnahme, die uns zur Kreisumlage abgefordert wurde. Zu dieser Stellungnahme haben wir uns ausdrücklich, auch mit der Zahlungsverpflichtung von 10,4 Mill€, bekannt. Unabhängig davon, dass er sich diesbezüglich auch positionieren wird, haben wir zu diesem Antrag noch keine Rückmeldung vom Landkreis. Wir waren verpflichtet innerhalb einer Monatsfrist die Zuarbeit zu leisten und das haben wir gemacht. Wir haben diesbezüglich noch keine Antwort vom Landkreis und deswegen haben wir es bei den 10,4 Mill € belassen. Auch wenn wir in die Pflicht kommen, nachsteuern zu müssen, werden wir das auch mit Blick auf die Liquidität und den Spielregeln, die der Gesetzgeber uns hier schafft, ohne eine Haushaltsperre verhängen zu müssen, schaffen.

Herr Hüttel

sagt, das nächste Problem ist die Klage „Mafa“. Man nimmt hier ein Klageverfahren rein, was die Stadt noch nicht gewonnen hat. Dies haben wir bereits in diesem Jahr schon falsch gemacht und im nächsten Jahr auch. Er würde eventuell, vielleicht macht das die Stadt ja auch, die 40 Mill€ beantragen, die der Oberbürgermeister vom Landkreis aus der Klage noch bekommt, und als Einnahme reinnehmen. Das wäre dann ehrlich und konsequent. Aber ich kann am Ende nicht Geld reinnehmen, was ich noch gar nicht gerichtlich bekommen habe.

Lt. Herrn Schuster

muss man das unterschiedlich sehen. Wir hätten theoretisch vom Landgericht in diesem Jahr bereits das Urteil gehabt. Aus Gründen, die wiederum in den Spielregeln des Gerichtes/Landgerichts liegen, hatten wir eigentlich immer innerhalb von einem Jahr ein Urteil. Deswegen war es genau und präzise, dass so reinzuschreiben. Wir haben eine personelle Veränderung im Landgericht erlebt. Wir haben eine junge Richterin, die lediglich an dem Termin des Urteils einen Erörterungstermin anberaumt hat. Deswegen schieben wir die Einnahme von den 193 T€ in das kommende Jahr. Aber die anderen Sachen, die kann man tatsächlich nicht präzise formulieren, wann wir da eine Einnahme erzielen.

Herr Hüttel

betont nochmals, dass das für seine Begriffe unehrlich ist. Wie schon gesagt, möchte er einen ehrlichen Haushalt und ein ehrlicher Haushalt heißt, dass er nicht ausgeglichen ist. Das können wir auch so hinnehmen, aber dann kommt wahrscheinlich in der Ratssitzung entsprechend mehr dazu. Im Nachhinein können wir noch über bestimmte Dinge reden, über die wir uns in den Fraktionen schon mal ausgetauscht haben und diese dann evtl. als Antrag noch einbringen.

Herr Kotzur

hat den Landrat so verstanden, dass er die Hebesätze dieses Jahr nicht erhöhen will. Zumindest will er das so in den Kreistag einbringen. Er geht davon aus, dass die Zuweisungen, die die Kommunen bekommen, eine absolute Steigerung nach sich ziehen und dann für das nächste Jahr diese festschreiben.

Aus der Sicht ist das alles nachvollziehbar. Wo sind jetzt eigentlich die 10,5 Mill €? Wir können an die 10,5 Mill€ gar nicht rangehen, weil wir wissen, dass wir aller Wahrscheinlichkeit nach steigern werden.

Herr Schuster

erwähnt, dass man in der absoluten Belastung bei einem Doppel-Haushalt auch erstmal abwarten muss, ob das so durchgeht. Da gibt es noch einen anderen Punkt, weil sich wegen der Zahlung auch in den Einnahmen die der Landkreis selber bekommt, auch etwas verschiebt. Das muss also für uns gar nicht so gut sein. Bei einem Doppel-Haushalt mit gleichbleibenden Hebesatz müssen wir auch noch mal abwarten. Das zeigt sich aber erst, wenn wir wiederum genaueres Zahlenwerk zu den tatsächlichen Schlüsselzuweisungen etc. bekommen, nach diesen sich auch aus dem Hebesatz heraus die Kreisumlage berechnet.

Lt. Herrn Kotzur

gibt es noch jede Menge Unklarheiten. Die absolute Zahl wird sich verändern. Für das nächste Jahr will der Landrat den absoluten Betrag festschreiben.

Deswegen der Hinweis, dass man zum jetzigen Zeitpunkt eine Planung vornimmt, in der wir über das Jahr gesehen, genug Instrumente haben, die Dinge wieder auszugleichen, so *Herr Schuster*. In der 1. Lesung sollten unbedingt die Zuschüsse für das Rosarium ausgewiesen werden.

Herr Kotzur

fragt, wir gehen jetzt mit diesen 10,5 Mill€ an die Sache ran? Das bedeutet doch, dass nach den Zuweisungen und Steuerhebesätzen usw. sich der Hebesatz eigentlich senken müsste. Der Landrat hat aber angekündigt, so will er es jedenfalls in den Kreistag einbringen, den Hebesatz nicht zu verändern. Aber da sich die anderen Faktoren verändern, wird sich die absolute Zahl nach einem Jahr für uns alle verändern. Und für das nächste Jahr, sagt der Landrat, will er den absoluten Betrag festschreiben. Für 2023 müsste dann der Hebesatz erhöht werden, um bei dieser absoluten Zahl bleiben zu können.

Lt. Herrn Schuster

wäre auch das möglich.

Herr Kotzur

sagt, dass die 250 T€ auch nur kommen, wenn die Vereinbarung abgeschlossen wird. Wie die aussehen wird, wissen wir heute noch nicht.

Herr Schuster

sagt, dass dieses Thema ausführlich in der 1. Lesung besprochen wurde. Wir haben damals ein deutliches Signal bekommen. Dies war auch absolut mehrheitsfähig, sodass wir nicht locker lassen sollten, die Einnahmen für das Rosarium auch so auszuweisen. Das haben wir gemacht und mit Blick auf die Höhe der Kreisumlage haben wir auch ein deutliches Signal aus der 1. Lesung bekommen. Das wurde damals auch schon besprochen, dass wir uns konsequent in dem Rahmen bewegen, wie wir es zur Anhörung mit 10,4 Mill € ausgewiesen haben, wohl wissend, dass die Entwicklung in der Tat dann in der Praxis in eine andere Richtung gehen kann. Wir beschließen jetzt unseren Haushalt. Das ist unser damals formuliertes Angebot und insofern haben wir genug Instrumente, wenn die Bescheide und Beschlüsse beim Landkreis dann in einer anderen Form getroffen werden, nachzusteuern. Die Festschreibung mit dem Doppel-Haushalt wird uns in den kommenden Jahren mit dem neuen HH beschäftigen.

Herr Hüttel

Fragt, ob Herr Schuster garantieren kann, dass der Oberbürgermeister im Januar keine Haushaltssperre verhängt, wenn wir das alles so machen?

Lt. *Herrn Schuster*

kann er das momentan nicht zwingend garantieren. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, warum wir im letzten Jahr eine Haushaltssperre hatten. Wir mussten 10,8 Mill € zurückzahlen, die nicht Bestandteil unseres Haushaltes waren. Diese geringfügige Abweichung fangen wir nun mit unserem Haushalt auf, ohne eine Haushaltssperre verhängen zu müssen. Das ist ein Fakt. Er weiß natürlich nicht was für Havarien es noch geben wird. Für eine Haushaltssperre muss es immer einen Rechtsgrund geben, aber nach der jetzigen Situation schließt er das ausdrücklich aus.

Herr Hüttel

präzisiert nochmal die Frage, auf Grund des Haushaltes?

Herr Schuster

erwidert, dann keine Haushaltssperre.

Herr Hüttel

möchte diesen Passus unbedingt ins Protokoll aufgenommen haben.

Abstimmung: Da die Beschlussfähigkeit nicht gegeben war, gibt der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus folgende Empfehlung:

Ja-Stimmen	=	3
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	2

TOP 4.1.2 2. Lesung und Beschlussfassung der 15. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025
Vorlage: BV/260/2021

Herr Schuster

hat mit 3 Sätzen alles sagen können, weil nichts Überraschendes drin ist und keine Härten formuliert sind, sondern die Hausaufgaben durch die Beantragung von Bedarfszuweisungen gemacht sind.

Abstimmung: Da die Beschlussfähigkeit nicht gegeben war, gibt der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus folgende Empfehlung:

Ja-Stimmen	=	3
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	2

TOP 4.2 Information der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Frau Wagner

würde gerne die Stadträte zum aktuellen Stand der Machbarkeitsstudie „Industriegroßflächen“ informieren. Über den Fortgang hatte sie in der vorletzten Sitzung schon die Stadträte in Kenntnis gesetzt. Im Dezember wird die Studie voraussichtlich vorliegen. Es ist angedacht, dass in der Stadtratssitzung am 09.12.2021 die Machbarkeitsstudie unter Beisein des Auftragnehmers mit den darin enthaltenen Ergebnissen präsentiert wird.

Was ist seit unserer letzten Zusammenkunft passiert? Wir haben sehr viele Abstimmungstermine mit verschiedenen Akteuren gehabt. Anfang September gab es eine Abstimmung mit dem Landkreis Mansfeld-Südharz, mit Herrn Schröder, und auch mit der Unteren Naturschutzbehörde. Wenn es um das Thema Artenschutz geht, ist uns eine Zusammenarbeit signalisiert worden und auch Unterstützung bei allen Fragen und Problemen. Es ist auch vereinbart worden, die Untere Naturschutzbehörde mit ins Boot zu nehmen, weil die Studie schon sehr weit vorangeschritten ist und wir uns über die Erkenntnisse besser abstimmen können. Es gab Anfang Oktober letzte Abstimmungen zur Erarbeitung der Machbarkeitsstudie mit unserem Auftragnehmer, welcher jetzt hauptsächlich damit beschäftigt ist, alle Erkenntnisse zu sammeln und auch nieder zu schreiben. Hier ging es hauptsächlich um Erschließungsfragen und auch Fragen über Raum- und Umweltkriterien. Am 13.10.2021 gab es ein Koordinierungsgespräch im Landratsamt. Hier war der Oberbürgermeister mit dabei, der Landrat selbst, Vertreter der LGSA, der SALEG, die Geschäftsführer der LGSA und SALEG und auch der Staatssekretär Dr. Ude. Es war ein sehr gutes Gespräch mit sehr reger Nachfrage zur Struktur und Vorgehensweise der Machbarkeitsstudie, bei dem uns Unterstützung signalisiert wurde. Es wurde alles sehr positiv aufgenommen und auch von den Geschäftsführern wurde uns Unterstützung zugesagt. Deren Referat und auch das Bauamt sind dabei mit der LGSA weitere Abstimmungsgespräche zu führen, um die Erschließungsfragen bereits jetzt anzugehen, um auch langfristig einen Plan zu haben. Am 19.10.2021 gab es einen weiteren Termin mit der Unteren Naturschutzbehörde, bei der diese noch einmal eng in die bisherigen Erkenntnisse eingebunden wurde. Die enge Zusammenarbeit klappt sehr gut, so ist es auch seitens des Landratsamts und Herrn Strauß gewollt. Ein nächster Termin ist noch am 19.11.2021 geplant. Hier wird der Staatssekretär Dr. Ude mit einer Mitarbeiterin, der stellvertretenden Abteilungsleiterin Innovation, Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft aus dem Wirtschaftsministerium, in Sangerhausen sein. Wir werden uns dann über die Antragsmodalitäten für den Erschließungsantrag, der nach Ende der Machbarkeitsstudie folgen soll, abstimmen. Hier müssen wir noch schauen, welches Programm dann am besten geeignet ist - die GAW-Förderung oder doch der Strukturwandel - vielleicht kann auch beides mit-

einander kombiniert werden. Je nachdem, welche Fördergegenstände wir brauchen und was welches Programm anbietet. Wir haben sie nach Sangerhausen eingeladen. Am 09.12.2021 werden sie dann mehr erfahren. Dann liegen die Ergebnisse hoffentlich vor.

Frau Reiche

fragt sich, wenn alles positiv und gut für uns ist, egal, welche Industrie dann hierher kommt, hat sie immer noch Zweifel, dass die Hamster uns im Wege stehen. Es gibt schon irgendeine Tendenz, die man erkennen kann.

Frau Wagner

möchte wissen, wie Frau Reiche es meint, dass eine Tendenz zu erkennen ist? Das Problem des Artenschutzes hat jede Kommune und jeder, der eine Industriefläche entwickeln will. Ich darf ihnen da zum jetzigen Zeitpunkt sagen, dass auf den Flächen, die bisher in den Blick genommen wurden, alle dort vorliegenden oder möglichen Artenschutzproblematiken handhabbar sind. Sie kann verstehen, dass man da Zweifel hat, aber wir haben es auch eingangs gesagt. Wenn sie die 1. Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2008 mit dieser Machbarkeitsstudie vergleichen, werden sie feststellen, dass ein Vergleich eigentlich gar nicht möglich. Wir haben jetzt schon versucht, einen anderen Ansatz zu finden. Die Fragestellungen waren andere als wir sie in dieser Machbarkeitsstudie gestellt haben. Daher denke ich hier Ansätze zu haben, um dem Artenschutz entsprechend zu begegnen.

Herr Kotzur

fragt Frau Wagner, wie groß schätzen alle Beteiligten die Chance ein, dass wir überhaupt Industrie hier ansiedeln können? In Nordhausen ist ein großes Gebiet leer, in Artern nicht viel. Er hat ein bisschen das Problem, dass eventuell wieder ein Wunschschloss gebaut wird und wir versäumen, die bestehende Wirtschaft ein Stück weit mehr zu fördern.

Frau Wagner

erwidert daraufhin, dass ja die bestehende Wirtschaft aus Sangerhausen nach Flächen fragt. Wir bekommen natürlich auch Fragen von außerhalb und diese Fragen sind immer die gleichen, denn es wird nach einer Fläche, einer Halle oder einer Bleibe gesucht. Im Moment sind wir in der Situation, dass wir, ausgenommen von einem kleinen Bereich „An der Wasserschluft“, die 10 Tm² nicht anbieten können. Da sind wir abhängig von Dritten und privaten Akteuren, von denen wir zum Teil keine ordentlichen Portfolios bekommen. Immer wieder müssen wir potentielle Kunden wegschicken, aber die Gewerbeimmobilie dieser Dritten bleibt weiterhin leer und so bekommen wir schon Rückmeldungen, dass die Unternehmen nicht mit den Angeboten, die wir in Sangerhausen haben, zufrieden sind. Das wäre Punkt 1. Wir sind aber in der Pflicht ein Angebot unterbreiten zu können. Punkt 2 aus ihrer Sicht ist, dass wir an die Zukunft der Stadt denken sollen. Wir haben Schulen und Kitas. Wir müssen Steuern einnehmen, um die Infrastruktur in der Stadt zu sichern und da muss zumindest die Möglichkeit bestehen, eine Zukunftsperspektive zu haben. Die hat man nur mit Unternehmen und mit der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Lt. Herrn Kotzur

machen wir das schon seit 30 Jahren. Verstehen sie mich bitte nicht falsch, aber wir haben es z. B. nicht vermocht, als Stadt Sangerhausen der Firma Unterschütz etwas anzubieten, als diese sich vergrößern bzw. erweitern wollte. Wir waren einfach dazu nicht in der Lage. Parallel dazu haben wir seit Ewigkeiten das ehemalige Mafa-Gelände und in der ehemaligen Natusiushalle haben wir Paletten gelagert. Das ist auch nicht gerade wirtschaftlich. Natürlich wäre er froh, wenn wir eine große Wirtschaft bzw. eine große Industrie hätten und wir sollten das Vorhaben auch durchaus ein Stück weit konkret vertreten. Ich hoffe nur und da ist er ganz bei Frau Reiche, dass wir nicht wieder irgendwelche Tiere vor die Füße gelegt kriegen und dann geht es nicht. Wir sollten da aber dran bleiben.

Frau Wagner

sagt, wie sie es gerade skizziert hat, versuchen wir da schon mitzudenken, indem wir frühzeitig fachkompetente und erfahrene Akteure einbinden, wie die LGSA und andere Landesgesellschaften. Sie haben da vollkommen Recht, dass eine Kommune alleine mit dieser Aufgabe doch vor Herausforderungen steht, die alleine nicht zu bewältigen sind. Wir sind hier auf sehr offene Türen gestoßen, sowohl ministeriumseitig, als auch bei den nachgeordneten Landesgesellschaften. Daran wollen wir anknüpfen und aufbauen. Sie ist da sehr zuversichtlich, dass das gelingen wird.

Herr Pille

möchte wissen, ob jetzt die Nachfrage nach Flächen oder nach Hallen größer ist als unser Angebot?

Frau Wagner bejaht dies.

Herr Pille

fragt nun, wie wir jetzt damit umgehen können? Was müssen wir jetzt tun, denn so ein Unternehmer kann ja nicht ewig warten?

Frau Wagner

erwidert, dass wir im Moment nur die Möglichkeit haben, die Unternehmen an diese Privaten zu verweisen, die in Sangerhausen Gewerbeimmobilien oder Flächen anbieten. Damit sind wir aber auch aus der ganzen Sache raus. Wir haben dann keine Möglichkeit Einfluss zu nehmen oder dem Interessenten in irgendeiner Art und Weise entgegen zu kommen. Ansonsten können wir nur auf unsere Planung verweisen. Sie wissen ja sicherlich, dass wir versuchen, das Gewerbegebiet am Weinberg zu erschließen, am Ortseingang von Sangerhausen, wenn man aus Richtung Oberröblingen kommt. Andere Möglichkeiten haben wir im Moment nicht.

Lt. *Herrn Pille*

muss man dann vielleicht irgendwelche Aktionen planen, um zu versuchen, diese Unternehmen zu halten, denn wenn schon jemand kommt und meint, er will hier was machen, dann müssen wir auch alles tun, um ihn zu halten.

Frau Wagner

sagt, wir als Stadt haben da keine Handhabe, da die Hallen oder auch die Flächen einem Privaten gehören, so z. B. auch im Helmpark. Das ist ein sehr großes Ärgernis, denn die privaten Akteure verkaufen einfach nicht.

Herr Pille

meint, dass er bei der großen Industrie auch so seine Zweifel hat. Er sieht, dass im Moment Investitionen zurückgehalten werden. Das hat natürlich auch mit der ganzen Umgestaltung der Weltwirtschaft zu tun. Der Umbau der industriellen Gesellschaft ist in vollem Gange und da sind wir natürlich als Stadt Sangerhausen nicht der vorrangige Standort. Eine große Investition in so einen großen Park sieht er nicht, weil wir kurzfristig diese Industrie nicht bekommen. Was wir gar nicht bedenken, ist, wenn wir jetzt eine Fläche und ein Unternehmen vielleicht gefunden haben, brauchen wir auch Arbeits- bzw. Fachkräfte und da sieht er das Problem. Es ist schön, wenn die Anfragen da sind und man das in irgendeiner Form regeln kann, aber für die große Industrieansiedlung hat er Sorge. Bei dem Artenthema hat er keine Zweifel, dass bekommt man in Griff. Das andere wird schwierig.

Lt. *Frau Wagner*

besteht auch die Frage, ob man die große Industrieansiedlung überhaupt haben möchte. Das hat ja auch 2 Seiten. *Herr Pille* gibt ihr da Recht, wenn man heute Industriestandorte bauen möchte, geht das nicht mehr so einfach wie früher.

Lt. *Frau Wagner* bringt ein Industriegebiet schon Dreck, Lärm und Geruchsbelästigung mit sich, das sollte man schon mit einkalkulieren. Das muss man mit einkalkulieren, so *Herr Pille*, denn die Leute wollen arbeiten, das versteht er auch und wir wollen Steuern einnehmen, so die Aussage von *Frau Wagner*.

Herr Pille

ist schon mal sehr gespannt auf die Machbarkeitsstudie und meint, dass wir unbedingt dabei bleiben sollten. Wir wollen vielleicht irgendwann mal, wenn wir genug hätten, sollten wir dabei bleiben und auf diese Machbarkeitsstudie ist er schon mal sehr gespannt.

Frau Wagner

hat im vorletzten Ausschuss schon erwähnt, dass das keine Sache von 1, 2, 3 Jahren sein wird, sondern eine sehr langfristige Geschichte und darauf muss man sich auch einstellen. Wer denkt, dass wir hier in 3 Jahren blühende Landschaften haben, liegt falsch. *Herr Pille* bestätigt das und sagt, frühestens in 20 Jahren.

Lt. *Herr Hüttel*

hat Herr Pille genau den Finger in die Wunde gelegt. Frau Wagner sagt, dass es jeden Tag Anfragen von Industrie oder von Unternehmern gibt, die Flächen suchen. Das hören wir schon seit ewigen Zeiten. Uns ist klar, wenn wir jetzt mit dem Industriegebiet anfangen würden, haben wir das vielleicht in 8 Jahren. So lange wird kein Unternehmer warten. Alle aktuellen Anfragen sind also nichtig.

Wir sind der Ausschuss, der am wenigsten besetzt ist, der aber das wichtigste Thema in dieser Stadt hat und es kommt kaum jemand von den Fraktionen hierher. Das ist das Problem. Wenn sie sagen, und er geht davon aus, dass es auch wirklich so ist, dann erzählen sie uns mal, wie viele hier wöchentlich oder monatlich anrufen. Ich verstehe es einfach nicht. Obwohl wir keine Flächen haben, reden wir im Bauausschuss hin und wieder über das neue Gebiet am Weinberg, aber ansonsten kommt nichts. Gerade hier im Wirtschaftsausschuss sollten wir über solche Dinge reden. Er ist da ganz bei Herrn Kotzur und bei Herrn Pille und meint, wir sollten endlich auch hier anfangen, diese kleinteilige Wirtschaft mal ins Auge zu fassen. Was können wir dort machen? Vielleicht kriegen wir es im nächsten Jahr mal hin, dass wir von Frau Wagner gesagt bekommen, wie es mit der kleinteiligen Wirtschaft hier aussieht, wieviel Arbeitnehmer sind es und was für Flächen brauchen sie. Wir können das auch im nichtöffentlichen Teil behandeln, das wäre alles kein Problem. Das würde ihn einfach mal interessieren.

Dieses Problem hatten wir schon vor Jahren z. B. mit der Mafa, als sie damals abgerissen wurde. Da hat sich der Minister hingestellt und sagte, er wisse nicht mehr wohin mit den Leuten. Wir wissen jetzt, was seit dem auf dem Gelände der Mafa passiert ist. Jetzt baut dort aktuell die Post.

Er glaubt, wir reden über Dinge, die in der Praxis aktuell nicht umsetzbar sind bzw. wo wir uns vielleicht selbst etwas vormachen. Er bittet Frau Wagner, als Wirtschaftsförderung, darum, dem Stadtrat mitzuteilen, wie die Situation wirklich ist und wo wir was machen können. Er weiß, dass es ein Problem ist, weil der Oberbürgermeister bestätigen muss, dass sie das auch darf. Wir möchten hier im Wirtschaftsausschuss wissen, wo wir der Wirtschaft helfen können? Das nimmt *Frau Wagner* gerne mit.

Herr Kotzur

ist der Meinung, dass wir natürlich beides tun müssen, nämlich die vorhandene Wirtschaft pflegen und fördern, aber auch nicht aus den Augen verlieren, dass wir was Neues hinzubekommen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass ein verhältnismäßiger Investor längerfristig plant. Eins muss er natürlich auch bestätigen, dass es schon seit mindestens 25 Jahren immer wieder Anfragen gibt, z. B. Helmpark. Ihn interessiert, wo das Interesse dieser Leute liegt, ihre Flächen vernünftig zu vermarkten oder sind sie eher für eine Stilllegung dieser Fläche? Außerdem möchte er wissen, welche Möglichkeit wir als Stadt hier haben, ein Stück-

chen weit Einfluss nehmen zu können? (Akustisch war die Antwort sehr schlecht zu verstehen.)

Herr Pille

unterstützt das Gesagte voll, vor allem, was das Thema kleine und mittelständische Unternehmen angeht. Er glaubt, dass dem Wirtschaftsausschuss in Zukunft eine höhere Bedeutung beigemessen werden sollte, da ist er ganz bei Herrn Hüttel. Dann sind wir auch in der Lage, schneller zu reagieren und zu helfen, vielleicht auch Netzwerke zu nutzen, die wir jetzt haben. Er kann da auch seinen Beitrag leisten und seine Unterstützung anbieten. Vielleicht muss man jetzt auch nicht 4-5 Wochen warten bis zum nächsten Ausschuss, sondern bekommt Informationen, wenn man da ist. Das soll aber nicht heißen, dass andere diese Informationen nicht bekommen sollen sondern, dass man reagieren und an der Stelle mehr machen und das Netzwerk mit einbringen kann, um der Wirtschaft in der ganzen Region eine andere Bedeutung beizumessen. Da kann er Herrn Hüttels Meinung nur unterstützen. Er würde gern, da wo jetzt Anfragen sind, helfen oder vielleicht auch irgendwelche anderen Dinge organisieren. Da sollten wir uns Gedanken drüber machen. Ohne Wirtschaft können wir alle anderen Dinge vergessen.

Herr Michael

sagt, vielleicht kann man schon im nächsten Ausschuss neue Ideen einbringen.

Frau Wagner

versteht, dass die Stadträte wissen möchten, wer bei uns anfragt. Wir haben aber dieses große Problem Datenschutz. Das ist auch keine Entschuldigung, aber wir sind da wirklich sehr gebunden. Auch im Haus wird es sehr streng gesehen, wie wir mit den Daten umgehen. Sie nimmt aber gerne mit, was Herr Hüttel und Herr Pille gesagt haben und würde dann im nächsten Ausschuss dazu nochmal was sagen.

Herr Pille

würde auch eine Datenschutzerklärung ausfüllen. Dann habe ich Ihre Daten, aber nicht die Zustimmung von den Investoren. Das ist wirklich ein Problem, so *Frau Wagner*.

Frau Reiche

(Konnte akustisch nicht verstanden werden.)

Lt. Herr Kotzur

kann mit dem, was uns angeboten wurde, alles passieren. Wenn man diesbezüglich mal eine Information bekommt, muss diese dann aber auch wirklich unter entsprechenden Bestimmungen in einer internen Sitzung auch intern behandelt werden. Selbst die Industrie oder neue Wirtschaftszweige lassen Schlußfolgerungen zu, nicht das dann nach außen der Eindruck entsteht, wir haben das Hamsterproblem gelöst.

Herr Hüttel

Hat noch 3 Fragen zu den 3 Gewerbegebieten.

Zum Gewerbegebiet Am Unterfeld hätte er gern im nächsten Ausschuss eine Antwort zu folgenden Fragen: Wie sieht es mit diesen Investoren aus? Sind sie wirklich dran interessiert, diese Flächen liegen zu lassen oder gibt man denen überhaupt die Anfragen weiter oder vermittelt dorthin?

Zum Thema Natusiushalle möchte er gern wissen, wie es dort aussieht? Wie sieht es da mit Fördermitteln aus? Haben wir da inzwischen alles bekommen? Dort sollte ja auch dieser zweite Unternehmer sein. Wieviel Flächen sind da noch frei?

Zum Thema Gewerbegebiet an der Mafa, über welches wir schon in der letzten Sitzung gesprochen haben, konnten sie aber noch nichts zum Bau des Logistikzentrums der Deutschen Post sagen. Gibt es jetzt schon Hinweise, dass die Deutsche Post dann vom Unterfeld, wo jetzt im Moment das Logistikzentrum der Deutschen Post ist, wegzieht?

Frau Wagner

kann zur Natusiushalle sagen, dass wir dort tatsächlich noch diese freie Fläche hinter der Halle haben. Das sind 10.000 m² voll erschlossene Fläche, die Letzte, die wir noch in Sangerhausen haben. Wir sind z. Zt. im Gespräch mit 4 verschiedenen Investoren. Hier gibt es aber immer noch die Problematik mit der Corona-Krise. Es ist ja so, dass es sich hier lediglich um Zweigstellen oder Niederlassungen handelt, entweder in Sangerhausen oder in der Umgebung zwischen Halle und Erfurt. Hier würden Unternehmen Sangerhausen als strategisch günstigen Standort auch wählen, müssen diese Idee allerdings an ihre Zentrale, die meistens in den alten Bundesländern zu finden ist, weiterleiten. Von dort gibt es selten eine Rückmeldung. Das ist jetzt bei mehreren Akteuren der Fall. Wenn sie sich zurückmelden, dann kann man hier schnell handeln.

Herr Hüttel

hat dies so verstanden, wenn man jetzt Anfragen hat, in diesem Fall von 4 Firmen, und wenn man diese zurückruft, sagen sie, aufgrund Corona können wir jetzt nicht weiter arbeiten? Was sind das für Anfragen? Ist das überall das Problem? Er denkt, wenn man als Firma eine Anfrage stellt, möchte man doch zumindest so schnell wie möglich eine Antwort haben. Es tut ihm leid, aber das versteht er nicht.

Es sei denn, das ist in der Wirtschaft normal. Lt. *Herrn Pille* ist das nicht normal.

Frau Wagner

ergänzt, dass es jetzt nicht bei allen 4 Firmen so ist, aber bei zwei.

Herr Pille

muss dazu gleich was sagen. Es ist natürlich so, dass auf Grund der ganzen Superkettenproblematik Investitionen geplant waren und nun zurückgesetzt werden. Also es gibt Handwerker oder auch Unternehmer, die geben Angebote mit Bindefrist von 3 Tagen ab, weil sie ihre Materialien dann schon zu einem anderen Preis kriegen. Im Moment ist dies wirklich eine schwierige Situation. So ist es im Stahlbereich, im Holzbereich und in der Elektronik. Das wird sich auch noch eine ganze Weile, also ein paar Monate oder 1-2 Jahre so hinziehen. Generell ist das nicht normal, aber im Moment ist es schon so, dass man da richtige Probleme hat.

Lt. *Frau Wagner*

ist die Mafa schon seit langem nicht mehr in unserem Eigentum. Es handelt sich um Privatinvestitionen auf einer Fläche, zu der wir keine Auskünfte geben können.

Für *Herrn Kotzur*

ist aber klar, dass die Post am Unterfeld auszieht. Das ist ein privater Investor, der von A nach B zieht. Wir haben da keine Informationen, die wir an sie weitergeben können.

Herr Hüttel

hat eine erste Anfrage: Die Grundsteuer wird im nächsten Jahr für die Garagenbesitzer von der Stadt übernommen. Daher möchte er wissen, ob man in den Gedanken schon so weit ist, dass man das, was an Grundsteuern nicht mehr bezahlt wird, auf die Pacht aufschlägt, um den Haushalt aufzubessern? Hierzu wird er eine Antwort im Finanzausschuss bekommen, so *Herr Schuster*.

Seine zweite Anfrage bezieht sich auf eine Äußerung des Oberbürgermeisters zu „Fördermittel Bad“. Ihn würde jetzt interessieren, ob die Fördermittel jetzt da sind? Auch dazu mehr im Finanzausschuss, so *Herr Schuster*.

Wenn die Fördermittel da sind, wie geht es mit dem Bad weiter, möchte *Herr Hüttel* wissen? Wann bekommen wir als Ausschuss bzw. als Stadtrat die Möglichkeit, dort entsprechend mitzuwirken? Wir haben bis jetzt nur die Firma festgelegt, die es machen soll, aber wie das Bad hinterher aussehen soll, darüber wurde noch nicht gesprochen. Auch das wird im zuständigen Fachausschuss, also im Bauausschuss, besprochen, so *Herr Schuster*.

Herr Hüttel

fehlt im Haushalt die Kostenuntersuchung Bauwerksgebäude Museum, damit wir damit weiterkommen. Er meint damit aber nicht die grundsätzliche Untersuchung. Zumindest könnten wir für diese größere Bauuntersuchung Fördermittel beantragen. Das wird auch wieder mehrere 100 T€ kosten. Wie steht die Verwaltung aktuell dazu?

Herr Schuster

erläutert dazu, dass wir eine Sammel-Haushaltsstelle in diesem Produkt haben, wo verschiedene Baugrundgutachten beauftragt werden können. Was an der Stelle genau geplant ist, muss er nachhaken beim zuständigen Fachamt. Er würde das dann spätestens im Finanzausschuss präzisieren.

Herr Michael

sagt dazu, dass dort eine sehr gute Zusammenarbeit mit Frau Diebes besteht. Aktuell sind wir auf der Suche nach Fördermittelgebern, auch der Museumsverband steht da hinter uns.

Herr Hüttel

ist schon der Meinung, dass es auch da nicht ohne Eigenanteil gehen wird. Aus diesem Grund denkt er, dass man dieses Vorhaben mit irgendeiner Summe „X“ im Haushalt bewerten sollte.

Herr Kotzur

hat es so verstanden, dass es eine Sammel-Haushaltsstelle gibt, bei der solche Programme kofinanziert werden können. Wenn wir ein Programm finden und wissen, dass wir das auch finanzieren können, dann ist es auch finanziell abgedeckt.

Lt. Herrn Schuster

hat die Verwaltung das schon mit bestimmten Projekten untersetzt. Da schauen wir mal, was wir tatsächlich gewinn- oder wertbringend machen können, wenn die Fördermittelstruktur eben tatsächlich für das genaue Projekt vorliegt. Wir haben zuletzt für verschiedene Projekte plötzlich und überraschend eine 100 %ige Förderung einwerben können. Das sind dann immer Bundesprogramme und das ist der Schwerpunkt, auf den wir uns für das Museum stürzen wollen.

Herr Hüttel

fragt, wenn man Fördermittel für eine Modernisierungsvoruntersuchung erhalten möchte, muss da nicht eine Vorgabe gemacht werden? So zwischen 300 T€ oder 200 T€ und 800 T€. Seiner Meinung nach muss man das im Vorfeld machen. Auch das wird bis zum Finanzausschuss geklärt, so *Herr Schuster*.

Herr Hüttel

möchte die Anwesenden heute einfach mal um eine Meinung bitten. Wir hatten es in unserer Fraktion schon mal durchgesprochen. Es geht darum, dass er seit Jahren versucht einen Antrag zu stellen, dass wir als Stadt Mitglied bei den Freunden des Theaters Eisleben werden. Dadurch könnte das Theater dann auch nochmal nach Sangerhausen kommen, damit die kulturelle Landschaft bei uns ein bisschen verstärkt wird. Er hat sich heute nochmal die Internetseite vom Theater angeschaut, es handelt sich hierbei um einen Mitgliedsbeitrag von 150 €. Wir könnten einfach als Stadtrat dort Mitglied werden oder als Stadt, das sollte ihm egal sein. Er kann auch nicht einschätzen, ob die 150 € jetzt irgendjemanden zu teuer sind. Da würde er jetzt erstmal fragen, wie das die anderen Fraktionen sehen. Als Gegengeschichte könnte er sich vorstellen, dass wenn wir den Anfang machen, vielleicht der Stadtrat in Eisleben im Gegenzug den Rosarium-Freunden und dann ebenfalls für 150 € beitrifft. Das macht uns jetzt nicht arm und wir haben dadurch wieder eine Verbindung zwischen den beiden Städten.

Herr Pille

sieht das persönlich positiv, kann aber nicht für die ganze Fraktion sprechen. Er weiß auch nicht, was mit dem Theater in Eisleben passiert, ob dieses finanziell sicher ist. Es muss aber klar sein, dass das Finanzierungskonzept für das Theater Eisleben steht. Sollten Lücken sein, dann muss man sich drüber unterhalten, dass man sich dann gegenseitig ein Stück näher kommt.

Herr Kotzur

ist auch dafür. Dies soll über die institutionelle Förderung bzw. Landesförderung gefördert werden und keine Finanzierung über den Förderverein, wobei ein Förderverein immer noch eine Brücke sein kann.

Herr Wedekind

findet diesen Vorschlag auch ganz gut und denkt, dass die CDU-Fraktion dahinter steht.

Herr Michael

berichtet aus seiner Zeit als Geschäftsführer. Da war man sich das das Theater nach Sangerhausen kommen möchte. Ein Interesse seitens des Theaters besteht auf jeden Fall.

Herr Hüttel

würde dann die Fraktionsvorsitzenden anschreiben, dass wir uns heute besprochen haben und dann evtl. einen Antrag, vielleicht im Finanzausschuss, formulieren, damit wir das dann an die Verwaltung geben können.

Zum nächsten Thema würde er auch um eine Meinungsäußerung bitten. Es geht um diesen Mietzuschuss für die Oase. Ich hatte mit der Verwaltung, Herrn Schuster, schon einmal gesprochen. Für das soziokulturelle Zentrum hätte er gern wieder 3 T€ wie im vergangenen Jahr. Die Oase hat jetzt seit Corona, zumindest seit April, wieder auf und jetzt auch von Montag bis Freitag. Das soziokulturelle Zentrum ist ständig gut besucht. Es kommen sehr viele Kinder und Migranten. Man möchte auch in diesem Fall ein Objekt in Sangerhausen vor dem Leerstand sichern. Man müsste dann sehen, wie man es haushalterisch hinbekommt.

Herr Schuster

sagt, dass wir in der Klausurberatung darüber gesprochen haben. Im letzten Jahr hatten wir das auch kurzfristig im Zuge der Haushalts-Beratung (2. Lesung) mit aufgenommen. Damals gab es einen Sachgrund. Coronabedingt hatte der Verein Verträge geschlossen, die Veranstaltungen absichern sollten. Die Veranstaltungen waren jedoch nicht durchführbar und aus den Verträgen kam man nicht raus. Folglich ist hier ein finanzielles Defizit entstanden. Für diesen Fall haben wir Hilfe zugesichert. Jetzt dafür einen dauerhaften Zuschuss einzurichten, wird schwierig, weil es eine Vielzahl an Vereinen gibt, die eben gleichermaßen tätig sind und womöglich eine ähnliche Erwartungshaltung haben. Ich müsste da ein bisschen mehr Informationen im Vorfeld bekommen, um das in den zuständigen Gremien einzubringen. Nun sind wir jedoch nicht die zuständige Behörde, so toll die Sache auch ist. Der Landkreis wäre da heran zu ziehen, denn er für Integration zuständig. Wir haben eine Vielzahl von Vereinen, die an der Stelle auch gern Unterstützung hätten, denn Integration von Flüchtlingen, das machen Sportvereine und eine Vielzahl anderer auch.

Herr Kotzur

betont, dass es nicht nur um Flüchtlinge geht, es ist eine enge Zusammenarbeit mit „Demokratie leben“ und mit verschiedenen Netzwerken und würde der Stadt mit Sicherheit gut zu Gesicht stehen, wenn wir sagen, wir unterstützen und die Stadt bekennt sich zu dem Verein bekennt, weil der vieles abdeckt. Es müsste sich erstmal der Landkreis beteiligen, da er für den Personenkreis, welcher in der Oase unterhalten wird, zuständig ist, so *Herr Michael*. Für den Landkreis ist es eine pflichtige Aufgabe und hier werden ja auch Aufgaben dieser Art gefördert. Es gibt schon so etwas Ähnliches und da ist der Landkreis auch zuständig, z. B.

das Haus der Wohnhilfe. Da wurde auch eine Vereinbarung zwischen Landkreis und Stadt getroffen.

Lt. Herrn Hüttel

hatten wir das gleiche Thema schon bei der Verbraucherzentrale. Die Oase die Oase hat natürlich nicht nur diese Einnahme in diesem Jahr gehabt. Hierbei handelt es sich um ein verhältnismäßig großes Objekt mit einer deutlich höheren Miete. Er weiß, dass unsere Argumentation im vergangenen Jahr wegen Corona war, aber genau das ist in diesem Jahr nur mal andersrum. Wir haben wirklich versucht über andere Fördermitteltöpfe, über andere Fördergeber Geld zu bekommen und die haben natürlich gerade durch Corona jetzt eine enorme Menge an zusätzlichen Anträgen, deswegen bekommen wir da definitiv weniger von Vereinen, von Institutionen, die natürlich durch Corona auch ziemlich geschröpft wurden. Das ist aktuell das Problem und wir werden nochmal eine Zusammenstellung der Aufgaben machen, dass wird er wahrscheinlich bis zum Sozialausschuss hinbekommen. Es ist überall das gleiche Problem, denn der Landkreis hat auch kein Geld.

Herr Kupsch

sagt, im Juni war die Frau Diebes zu Gast in der Ortschaftssitzung in Lengerfeld. Es wurden viele Fragen gestellt und auch beantwortet, die so in den letzten Monaten aufgelaufen waren und auch nochmal Bezug genommen auf die Einwohnerversammlung vor 2 Jahren, wo der Schwerpunkt Trink- und Abwasserversorgung in Lengefeld war, die bei vielen Bürgern als unbefriedigend betrachtet wird. Eine Frage an Frau Diebes bezüglich des Entscheidungsprozesses bei der Stadtverwaltung in Bezug auf die Beschlussfassung beim Wasserverband wurde aus unserer Sicht nicht befriedigend beantwortet. Und zwar bezieht sich die Frage auf den Neubau des Verwaltungsgebäudes des Wasserverbandes. Uns geht es also um den Entscheidungsprozess und wie ist der abgelaufen.

Lt. Herrn Schuster

können wir das nur mitnehmen. Es gibt da auch Zuständigkeiten, die wir dann auch akzeptieren müssen, da gibt es beim Wasserverband auch Spielregeln im Rahmen der Entscheidungsfindung, aber das müssen wir aufarbeiten.

Herr Kupsch

sagt, wir gehen auch davon aus, dass die Stadt mehr als 50 % der Stimmen hat.

Lt. Herrn Schuster

stimmt das nicht, wir haben 50 % der Stimmen und nicht mehr und können gewissermaßen ein Veto einlegen. Er wird das mitnehmen und **eine Antwort direkt an den Ortschaftsrat geben.**

Herr Hüttel

hatte in der Klausur schon mal die Archivierung und Digitalisierung von Dokumenten angesprochen. Er würde vorschlagen, dass wir vielleicht in einer der nächsten Ausschusssitzungen einen Rundgang durch das Stadtarchiv machen, damit mal jeder sieht, wie problematisch die aktuelle Situation im Archiv ist. Er würde bitten, dass die Verwaltung das mal prüft, ob wir das irgendwie hinbekommen, wenn die anderen auch ein Interesse daran haben.

Herr Pille und Herr Kupsch bekunden ihr Interesse an dem Vorschlag. Für *Herrn Kupsch* ist dieser Rundgang mit Blick auf das Erstellen der Ortschronik sehr interessant.

Anmerkung: Lt. Information von Herrn Schuster am nächsten Tag war der Ausschluss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus nicht beschlussfähig, da Herr Kotzur zu dieser Ausschusssitzung noch nicht abstimmungsberechtigt war. Er wurde erst zur Ratssitzung in den Ausschuss berufen. Daher gab es zum Haushalt auch nur eine Empfehlung.

gez. Birgit Strauch
Protokollführerin

gez. Helmut Schmidt
Ausschussvorsitzender